

beziehungsw^{weise}

NOVEMBER 2023

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG

WWW.OIF.AC.AT

INHALT

- | | |
|--|--|
| <p>1 STUDIE Familienpolitik im internationalen Vergleich
Welchen Einfluss Parteien haben und wie sich Frauenrepräsentation auswirkt</p> | <p>6 THEMA Ukrainerinnen in Österreich
Die Situation ein Jahr nach Kriegsbeginn</p> |
| <p>5 SERIE Masterminds der Familienforschung
Elisabeth Beck-Gernsheim</p> | <p>8 SERVICE termin: Familie 3.0 - Kinder, Jugendliche und digitale Technologien
veranstaltung: Internationales Kinderfilmfestival
publikation: Kinderbetreuung und Elementarbildung in Österreich</p> |

STUDIE

Familienpolitik im internationalen Vergleich

Welchen Einfluss Parteien haben und wie sich Frauenrepräsentation auswirkt

VON TOBIAS WISS UND FELIX WOHLGEMUTH

Die meisten OECD-Länder erfahren ähnliche sozioökonomische Veränderungen wie sinkende Geburtenraten und eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen, die einen gewissen Reformdruck auf Familienpolitik erzeugen. Dennoch reagieren Länder in ihrer Wahl und Ausgestaltung familienpolitischer Instrumente teils sehr unterschiedlich. Regierungen spielen eine zentrale Rolle für familienpolitische Reformen, da sie Themen auf die politische Agenda setzen und Gesetzesentwürfe ausarbeiten, die dann Eingang in den Gesetzgebungsprozess finden. Die Zusammensetzung von Regierungen kann daher entscheidend dafür sein, inwieweit sozioökonomische Veränderungen in familienpolitische Reformen umgesetzt werden. Eine Studie, veröffentlicht in der Zeitschrift *Social Policy & Administration*, untersuchte für 16 OECD-Länder zwischen 1991 und 2015 den Einfluss von Parteien und der Repräsentation von Frauen in Regierungen auf verschiedene familienpolitische Instrumente (Wiß und Wohlgemuth 2023).

Bislang haben nur wenige Studien politische Faktoren für familienpolitische Reformen für viele Länder im Zeitverlauf analysiert, wobei die Ergebnisse

hinsichtlich der parteipolitischen Effekte nicht eindeutig sind. Einige Autor:innen bestätigen den Effekt von Parteien (zum Beispiel Engeman 2022), während andere diesen nicht finden konnten (zum Beispiel Ennser-Jedenastik 2017). Hinsichtlich der politischen Repräsentation von Frauen herrscht dagegen eine höhere Einigkeit in Bezug auf deren erhöhenden Effekt auf Ausgaben für Familienpolitik und auf Elternzeitregelungen (zum Beispiel Bolzendahl 2011; Engeman 2022). Die unterschiedlichen Ergebnisse können damit erklärt werden, dass zum Beispiel nur die gesamte Höhe aller familienpolitischen Ausgaben gemessen wurde, obwohl sich die Ziele einzelner Instrumente sehr stark unterscheiden, dass jüngere Reformen nicht berücksichtigt wurden und dass zudem vereinfachend nur zwischen linken und rechten Parteien differenziert wurde.

Parteien und Familienpolitik

Familienpolitik wird durch Regierungen (mit-) bestimmt und diese werden wiederum durch die beteiligten Parteien beeinflusst. Somit ist die Ideologie und damit auch das Familienideal einer Partei ein wichtiger, die Familienpolitik beeinflussender Faktor. Um die familienpolitischen Positionen von



Foto: Midjourney/Christine Geserick

Parteien zu analysieren, wird deren Verortung entlang der Links-Mitte-Rechts-Dimension und der religiös-säkularen Dimension abgeschätzt. Erstere hat wichtige Auswirkungen vor allem auf die Rolle des Staates bei der Bereitstellung von (Dienst-)Leistungen für Familien (Staat oder Markt), während die religiös-säkulare Dimension für das Familienideal einer Partei (männliches Ernährermodell vs. Doppelverdiener:innen-Modell) ausschlaggebend ist. Diese zusätzliche Dimension ist vor allem für Mitte-Rechts und rechte Parteien wichtig. Daher unterscheiden wir zwischen linken Parteien, säkularen Parteien der Mitte, säkularen Rechtsparteien und christlich-demokratischen Parteien.

Für linke Parteien erwarten wir aufgrund der Bevorzugung von staatlichen gegenüber privaten Sozialleistungen und der Befürwortung einer progressiven Familienpolitik, die Geschlechtergerechtigkeit verfolgt, einen erhöhenden Effekt auf Ausgaben für staatliche Kinderbetreuung und die Länge des Vaterschaftsurlaubs.

Säkulare Parteien der Mitte (liberale Parteien) hingegen kombinieren rechte wirtschaftliche Positionen (niedrige Steuern und Marktliberalismus) mit einer kulturellen Position der linken Mitte (libertäre Position zu moralischen Fragen wie gleichgeschlechtliche Ehe). Ähnlich den linken Parteien vertreten diese postmaterialistische Ansichten, die Geschlechtergleichstellung und progressive Familienmodelle befürworten. Allerdings setzen sie stärker auf marktbasierende Lösungen zum Beispiel im Bereich der Kinderbetreuung als auf hohe staatliche Ausgaben. Im Gegensatz dazu kann Vaterschaftsurlaub jedoch nicht vom Markt organisiert werden. Demzufolge sollten säkulare Parteien der Mitte einen positiven Effekt auf die gesetzliche Länge von Vaterschaftsurlaub haben, da rein über den Arbeitgeber organisierte und finanzierte Systeme Unternehmen finanziell zu stark belasten würden.

Säkulare Rechtsparteien – konservative und radikal rechte Parteien – teilen mit den Parteien der säkularen Mitte die marktliberale Wirtschaftsauffassung und die Ablehnung allzu hoher öffentlicher Sozialausgaben. Ihr Familienideal zeichnet sich jedoch durch die traditionelle geschlechterspezifische Aufteilung von Care und Sorgearbeit innerhalb der Familie aus. Obwohl Geldleistungen wie die Familienbeihilfe traditionelle Geschlechterrollen unterstützen, verzichten säkulare rechte Parteien auf deren Ausweitung und Erhöhung, wenn zunehmend Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft oder Migrationshintergrund davon profitieren würden. Aufgrund ihrer skeptischen Haltung gegenüber hohen öffentlichen Dienstleistungen und ihres

traditionellen Familienbildes erwarten wir insgesamt einen negativen Einfluss auf Ausgaben für staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen und die Länge des Vaterschaftsurlaubs.

Christlich-demokratische Parteien waren traditionell die Hauptbefürworter des männlichen Ernährermodells und der geschlechterspezifischen Aufteilung der Familienrollen. Angesichts der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen, der wachsenden Wählerschaft von Frauen und Wähler:innen der Mittelschicht und damit veränderten normativen Vorstellungen ihrer Wähler:innen haben christlich-demokratische Parteien ihre familienpolitischen Positionen angepasst und sich verstärkt dem Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewidmet. Bezüglich der Rolle des Staates verbinden sie marktliberale Wirtschaftsansichten mit den Grundsätzen der Solidarität und Subsidiarität, befürworten also bestimmte Sozialleistungen, was eine zunehmende Unterstützung öffentlicher sozialer Investitionen wie Kinderbetreuung und Vaterschaftsurlaub zur Folge hat. Aufgrund des nach wie vor nicht unerheblichen Anteils konservativer Wähler:innen mit einem traditionellen Familienideal wäre es für sie jedoch wahltaktisch riskant, sich gegen hohe Geldleistungen wie die Familienbeihilfe auszusprechen.

Repräsentation von Frauen und Familienpolitik

Die Repräsentation von Frauen in Regierungen ist ein weiterer wichtiger Faktor, der die Familienpolitik beeinflusst. Gemäß der Theorie der politischen Präsenz von Phillips (1995) wirkt sich die Präsenz von Frauen in politischen Institutionen positiv auf politische Entscheidungen zugunsten von Frauen aus, da Politikerinnen aufgrund gemeinsamer Erfahrungen und Identität eher als Männer frauenspezifische Themen vertreten und somit deren erhöhte repräsentative Vertretung die Sensibilität der Politik für die Gleichstellung der Geschlechter erhöht.

In parlamentarischen Demokratien kontrollieren zudem einzelne Minister:innen und nicht das Kabinett die einzelnen Ressorts und entwickeln entsprechende politische Vorschläge. Als solche kontrollieren sie nicht nur proaktiv die Agenda, sondern können auch ein Veto gegen politische Maßnahmen einlegen, die sie inhaltlich ablehnen und für die sie letztlich verantwortlich wären. Daher erwarten wir einen erhöhenden Effekt von Familienministerinnen auf öffentliche Ausgaben für Kinderbetreuung und die Länge des Vaterschaftsurlaubs.

Daten für drei familienpolitische Instrumente

Familienpolitische Maßnahmen lassen sich mit Hilfe der beiden Konzepte Familialismus und De-Familialismus (bzw. Individualismus) unterteilen (Leitner

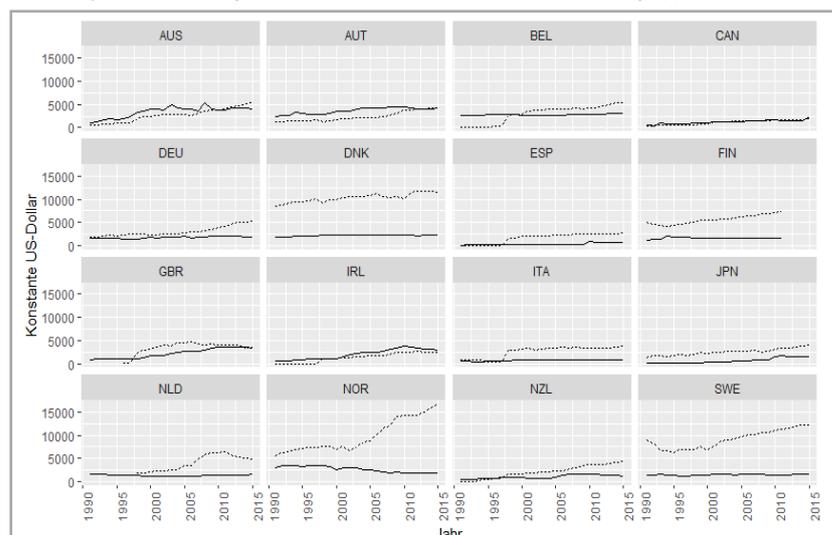
2003). Instrumente, die auf Familialismus abzielen, fördern geschlechtsspezifische Rollen und drängen Mütter damit zu unbezahlter Betreuungsarbeit. Im Gegensatz dazu tragen Maßnahmen unter dem Dach von De-Familialismus zu mehr Unabhängigkeit der Eltern und vor allem der Mütter von familiären Netzwerken und unbezahlter Betreuungsarbeit bei. Einzelne familienpolitische Instrumente können unterschiedliche Wirkungen entfalten, indem sie Anreize für bestimmte Verhaltensweisen setzen oder familiäre Normen und Praktiken legitimieren.

Wenn der Staat durch öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen einen Teil der Betreuungsaufgaben übernimmt, ermöglicht dies insbesondere Müttern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Vaterschaftsurlaub trägt zur Übernahme von Betreuungsaufgaben durch Väter und einer gleichmäßigeren Aufteilung der Familienarbeit bei und führt damit zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Reine Geldleistungen wie die Familienbeihilfe ergänzen dagegen das (männliche) Erwerbseinkommen mit dem Ziel, die Kosten der familiären Kindererziehung (teilweise) zu decken. Als solche fördern sie die Betreuungsfunktion der Familie und unterstützen das männliche Ernährermodell, indem sie die Wahrscheinlichkeit der Erwerbstätigkeit der Mütter verringern.

Drei Variablen, basierend auf OECD-Daten, decken diese familienpolitischen Instrumente ab: (1) öffentliche Ausgaben für Kinderbetreuung; (2) öffentliche Ausgaben für Familienbeihilfen (kinderbezogene Geldtransfers an Familien mit Kindern); (3) bezahlter Vaterschaftsurlaub, definiert als Zeit (oder Bonuswochen), die ausschließlich der Nutzung durch Väter oder dem anderen Elternteil vorbehalten ist. Während fast alle bisherigen Studien zu Familienpolitik Ausgabedaten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt verwenden, setzt diese Studie die familienpolitischen Ausgaben ins Verhältnis zur Anzahl der potenziellen Zielgruppe (unter 6-Jährige für Kinderbetreuung und unter 20-Jährige für Familienbeihilfe) und berücksichtigt zugleich Preis- und Währungsunterschiede durch Verwendung von konstanten Preisen in US-Dollar. Dies erlaubt den verzerrenden Einfluss der wirtschaftlichen Situation eines Landes sowie einer hohen oder geringen Anzahl von Kindern auf familienpolitische Ausgaben herauszurechnen.

Die vorliegende Studie verwendet einen eigens gebildeten Datensatz, der jährliche Informationen über einzelne familienpolitische Instrumente, die parteipolitische Zusammensetzung von Regierungen, der Repräsentation von Frauen in Regierungen sowie mehrere sozioökonomische und politische Variablen, die das Ergebnis beeinflussen könnten, für

Abbildung 1: Staatliche Ausgaben für Familienpolitik (konstante US-Dollar/Zielgruppe), 16 OECD-Länder



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf OECD Social Expenditure Database, 1991-2015

16 OECD-Länder zwischen 1991 und 2015 enthält. Je nach geschätztem Panelmodell konnten so 369 bis 384 Länderjahre als Samplegröße berücksichtigt werden.

Internationale Unterschiede in der Familienpolitik

Wie Abbildung 1 zu entnehmen ist, steigen die Ausgaben für Kinderbetreuung pro Kind relativ konstant zwischen 1991 und 2015 in allen Ländern. Das Ausgabenniveau ist in den meisten nordeuropäischen Ländern (Dänemark, Schweden, Norwegen) besonders hoch, während es in Kanada und Irland am geringsten ist. Die öffentlichen Ausgaben für Familienbeihilfen pro Person unter 20 Jahren steigen oder stagnieren im Untersuchungszeitraum. Im Gegensatz zur Kinderbetreuung weisen Australien und Österreich die höchsten Ausgaben für familienpolitische Geldleistungen auf, während Spanien und Italien am wenigsten ausgeben. Während die Länder im Durchschnitt zwischen 1991 und 2015 1.800 US-Dollar pro Jahr pro Person unter 20 Jahren für Familienbeihilfen aufwendeten, gaben sie für Kinderbetreuung mit 4.000 US-Dollar pro Jahr pro Kind unter sechs Jahren das Zweifache aus.

Abbildung 2 zeigt, dass es bis zum Jahr 2015 in mehreren Ländern keinen bezahlten Vaterschaftsurlaub gab (Kanada, Irland, Neuseeland und Italien). Die durchschnittliche Dauer des bezahlten väterspezifischen Urlaubs in unserer Stichprobe beträgt 4,8 Wochen.

(Mitte-)Rechts-Parteien mit größtem Einfluss

Die Autoren können zeigen, dass linke Parteien entgegen der Vermutung keinen signifikanten Zusammenhang mit den frauenfreundlichen familienpolitischen Instrumenten der öffentlichen Kinderbetreuung und bezahltem Vaterschaftsurlaub aufweisen, was frühere Studienergebnisse zum Teil bestätigt. Es könnte sein, dass männerdominierte

Zu den Autoren

Dr. Tobias Wiß ist assoziierter Professor für Politikwissenschaft am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz.

Felix Wohlgenuth MSc ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am European Centre for Social Welfare Policy and Research sowie Doktorand am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der JKU.

Gewerkschaften, die sich eher für Lohnerhöhungen als für „weibliche“ Themen einsetzen in einigen Ländern immer noch die traditionelle Basis linker Parteien sind und damit einen Teil des fehlenden Effekts erklären. Die jüngste Ablehnung von Reformvorschlägen in Österreich durch die SPÖ, die Karenzdauer um zwei Monate zu kürzen, wenn nur ein Elternteil diese in Anspruch nimmt, unterstützt dieses Ergebnis.

Dagegen bestätigt sich der positive Effekt von säkularen Parteien der Mitte auf die Dauer des bezahlten Vaterschaftsurlaubs. Ähnlich, wenn auch etwas schwächer, verhält es sich mit den christlich-demokratischen Parteien, die zwar keine Bedeutung für Kinderbetreuung oder Familienbeihilfe haben, aber eine Schlüsselrolle für längeren Vaterschaftsurlaub einnehmen (ähnlich wie für deren Einführung in der Studie von Engeman 2022). Säkulare Rechtsparteien wie die FPÖ haben dagegen einen negativen Effekt auf alle drei familienpolitischen Instrumente.

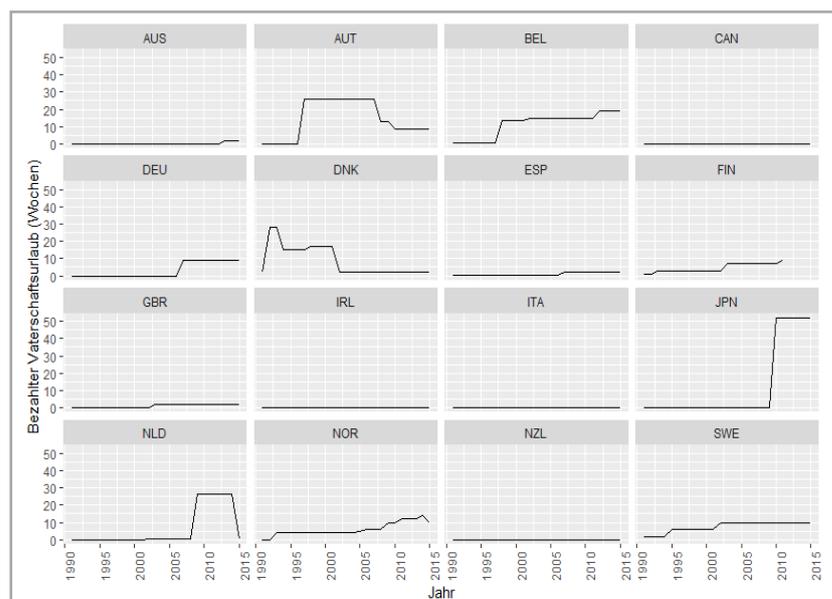
Frauen in der Regierung und Familienministerinnen ausschlaggebend

Die Repräsentation von Frauen in Regierungen hat ebenfalls einen Einfluss auf Familienpolitik. Wenn der Anteil von Frauen in der Regierung um 10 Prozentpunkte ansteigt, erhöhen sich langfristig die staatlichen Ausgaben für Kinderbetreuung um 81 US-Dollar pro Kind und es bestätigen sich damit eine zentrale Hypothese und auch die Ergebnisse früherer Studien (zum Beispiel Ennsner-Jedenastik 2017). Dagegen überrascht der negative (schwache) Effekt auf die Dauer des Vaterschaftsurlaubs, da man mehr Gleichberechtigung dank dieses Instruments erwarten kann. Dies ergänzt jedoch den fehlenden Effekt von Politikerinnen auf die Einführung von Vaterschaftsurlaub in der Studie von Engeman (2022). Der fehlende Effekt des Anteils von Frauen in der Regierung wird jedoch durch Familienministerinnen wettgemacht, die die Dauer des bezahlten Vaterschaftsurlaubs positiv beeinflussen. Für den Ausbau der Kinderbetreuung spielt das Geschlecht der:des Familienminister:in hingegen keine Rolle.

Schlussfolgerungen

Die Studie zeigt, dass die parteipolitische Zusammensetzung und die Repräsentation von Frauen in Regierungen wichtige Faktoren sind, die die Ausgestaltung von Familienpolitik beeinflussen. Während säkulare Parteien der Mitte und christlich-demokratische Parteien den Ausbau von bezahltem Vaterschaftsurlaub vorantreiben, spielen linke Parteien keine entscheidende Rolle für geschlechtergerechte familienpolitische Instrumente. Vor allem die Christdemokraten scheinen ihr Familienideal, womöglich aus wahltaktischen Gründen um neue

Abbildung 2: Länge bezahlter Vaterschaftsurlaub (Wochen)



Quelle: OECD Family Database

Wähler:innenschichten anzusprechen, adaptiert zu haben. Dagegen kommt es zu Kürzungen bei allen drei familienpolitischen Instrumenten, wenn rechte säkulare Parteien in der Regierung stärker werden, was auf deren liberale Wirtschaftsansichten und das traditionelle Familienbild zurückzuführen ist. Die unterschiedliche Rolle von nicht-linken Parteien für Familienpolitik verdeutlicht, dass die Links-Rechts-Dimension allein nicht zielführend für die Erklärung von Familienpolitik ist, sondern um die säkular-religiöse Dimension ergänzt werden muss.

Der Anteil von Frauen in der Regierung ist ausschlaggebend für den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung, nicht aber für einen längeren Vaterschaftsurlaub. Letzteres erfährt dagegen eine Ausweitung, wenn Frauen das Familienministerium führen. Eine kritische Masse an Frauen in der Regierung allein reicht für geschlechtergerechte Familienpolitik nicht aus, sondern es muss auch deren Kontrolle über das Familienministerium berücksichtigt werden.

Zukünftige Studien zur Familienpolitik sind daher gut beraten, sich einzelne Instrumente und nicht nur die Gesamtausgaben für Familienpolitik anzuschauen, da diese zum Teil unterschiedliche Ziele verfolgen. Im Bereich der politischen Erklärungen für Unterschiede in der Familienpolitik muss die Vielfalt der Parteienlandschaft anstelle der vereinfachenden Links-Rechts-Dimension berücksichtigt werden, ebenso wie die konkrete Besetzung eines Ministeriums. ■

Kontakt

tobias.wiss@jku.at

Literatur

- Bolzendahl, Catherine (2011): Beyond the big picture: Gender influences on disaggregated and domain-specific measures of social spending, 1980–1999. In: *Politics & Gender* 7 (1), S. 35–70. <https://doi.org/10.1017/S1743923X10000553>
- Engeman, Cassandra (2022): Making parenting leave accessible to fathers: Political actors and new social rights, 1965–2016. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* (OnlineFirst). <https://doi.org/10.1093/sp/jxac038>
- Ennsner-Jedenastik, Laurenz (2017): How women's political representation affects spending on family benefits. In: *Journal of Social Policy* 46 (3), S. 563–581. <https://doi.org/10.1017/S0047279416000933>
- Leitner, Sigrid (2003): Varieties of familialism: The caring function of the family in comparative perspective. In: *European Societies* 5 (4), S. 353–375. <https://doi.org/10.1080/1461669032000127642>
- Phillips, Anne (1995): *The Politics of Presence*. Oxford: Oxford University Press.
- Wiß, Tobias; Wohlgemuth, Felix (2023): The politics of disaggregated family policy: The role of party ideology and women's political representation in governments. In: *Social Policy & Administration* (OnlineFirst). <https://doi.org/10.1111/spol.12934>

Masterminds der Familienforschung

Elisabeth Beck-Gernsheim

Biografie und Liebe in der individualisierten Gesellschaft

VON CHRISTINE GESERICK

Wer sich aus familiensoziologischer Perspektive mit dem Zusammenspiel von Familie und Individualisierung in der Postmoderne beschäftigt, der wird früher oder später auf den Namen Elisabeth Beck-Gernsheim stoßen. Die deutsche Soziologin hat in den letzten Jahrzehnten umfangreich in diesem Themenkreis geforscht und publiziert.

Elisabeth (Beck-)Gernsheim wurde 1946 in Freiburg im Breisgau geboren. Sie studierte an der Ludwig-Maximilians-Universität München Soziologie, Psychologie, Philosophie und wurde 1973 ebenda promoviert, 1987 habilitierte sie. Sie forschte und lehrte an verschiedenen Universitäten (v. a. Erlangen-Nürnberg und München), emeritierte 2009, blieb aber auch danach in der universitären Wissenschaft aktiv, etwa als Gastprofessorin in Trondheim (Norwegen) und Senior Research Fellow an der Universität München.

Weiblicher Anspruch auf ein Stück „eigenes Leben“

Ihre ersten Publikationen widmen sich ab Mitte der 1970er Jahre der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung („Das halbierte Leben“, 1980) und dabei besonders der weiblichen Rolle und Biografie. Mit einem sozialanalytischen Blick auf die Gegenwartsgesellschaft beobachtet sie, dass Frauen seit Beginn der Bildungsexpansion in den 1960er Jahren von Freisetzungprozessen profitieren, die ihnen neue Möglichkeiten sinnstiftender Tätigkeiten abseits von Haushalt und Mutterrolle eröffnen, etwa in der Erwerbswelt. Das beschreibt sie im vielfach zitierten Beitrag: „Vom ‚Dasein für andere‘ zum Anspruch auf ein Stück ‚eigenes Leben‘“. Er erschien 1983. Im selben Jahr hatte der Soziologe Ulrich Beck in seinem berühmten Aufsatz „Jenseits von Stand und Klasse“ ähnliche Beobachtungen notiert, die später in der weithin bekannten „Individualisierungsthese“ mündeten. Die inhaltliche Nähe beider Artikel zueinander ist kein Zufall: Elisabeth Gernsheim und Ulrich Beck hatten sich Ende der 1960er Jahre beim Studium in München kennen gelernt. Und der wissenschaftliche Gleichklang sollte nicht alles bleiben, was die beiden verband: Sie wurden ein Paar und heirateten. Von der Frauenzeitschrift Brigitte wurden sie 2008 gar als „berühmtestes deutsches Soziologenpaar“ vorgestellt.

„Das ganz normale Chaos der Liebe“

Beck-Gernsheim hat auch gemeinsam mit ihrem Mann publiziert. Ihr Band „Das ganz normale Chaos der Liebe“ (1990) wurde ein Klassiker. Darin beschreibt Beck-Gernsheim, wie wichtig, aber auch wie schwierig die Liebe mit der Individualisierung wurde: Einerseits wird sie zum „Anker“ der inneren Identität. Denn je mehr traditionelle Bindungen wie etwa die Dorfgemeinschaft oder auch Religion an Bedeutung verlieren, umso wichtiger würden nahestehende Personen „für das Bewusstsein und Selbstbewusstsein“ werden (ebd.: 70). Schwierig würde die Liebesbeziehung dort, wo die neuen Freiheiten in Überforderung münden, eine in der öffentlichen Diskussion der Individualisierung oft vernachlässigte Dimension. Nicht nur die Alltagsfragen der postmodernen Wohlstandsgesellschaft („welcher Urlaubsort, welche Automarke?“), sondern auch Fragen der (familialen) Lebensplanung, die aus alten Zwängen herausgelöst sind, sind nun verhandelbar und müssen geklärt werden: Welche Ausbildung soll es sein, und wie viele Kinder? (ebd.: 73). Gerade weil die Familiengründung nun verhandelbar ist und die individualisierte Erwerbswelt neue Möglichkeiten, aber auch Anforderungen mit sich bringt, mündet ein Kinderwunsch vermehrt in ungewollter Kinderlosigkeit („Die Kinderfrage“, 2006).

Beck-Gernsheims Arbeiten sind immer spannend zu lesen, weil sie neue familienrelevante Themen treffsicher aufgreifen und in verständlicher, pointiert-illustrierender Sprache unter die soziologische Lupe nehmen. Das letzte gemeinsame Buch, das sie mit ihrem Mann publizierte, bevor er überraschend 2015 verstarb, widmet sich der „Fernliebe“ (2011). Ein weiteres Thema, das sie seit Mitte den 1990ern kritisch beleuchtet und über das sie zuletzt eine Monografie veröffentlicht hat, ist: „Die Reproduktionsmedizin und ihre Kinder“ (2016). ■

Kontakt

christine.geseric@oif.ac.at

Zur Autorin

Dr. Christine Geseric ist Familiensoziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Familienforschung an der Universität Wien und lehrt an der FH Campus Wien.

Elisabeth Beck-Gernsheim 2011



Foto: Das blaue Sofa/Club Bertelsmann

Werke – Eine Auswahl

- 1980: Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie. Frankfurt a. M.: Fischer.
- 1983: Vom „Dasein für andere“ zum Anspruch auf ein Stück „eigenes Leben“. In: Soziale Welt (3), S. 307–340.
- 1984: Vom Geburtenrückgang zur Neuen Mütterlichkeit? Über private und politische Interessen am Kind. Frankfurt a. M.: Fischer.
- 1990: Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt a. M.: Suhrkamp (mit Ulrich Beck).
- 2006: Die Kinderfrage heute. Über Frauenleben, Kinderwunsch und den Geburtenrückgang. München: Beck.
- 2011: Fernliebe. Lebensformen im globalen Zeitalter. Berlin: Suhrkamp (mit Ulrich Beck).
- 2016: Die Reproduktionsmedizin und ihre Kinder. Erfolge, Risiken, Nebenwirkungen. Salzburg, Wien: Residenz Verlag.

Ukrainerinnen in Österreich

Die Situation ein Jahr nach Kriegsbeginn

VON SONJA DÖRFLER-BOLT

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges im Februar 2022 auf die Ukraine ist die Zahl der in Österreich lebenden Ukrainer:innen stark angestiegen. Im Oktober 2023 waren rund 68.700 Vertriebene aus der Ukraine registriert (UNHCR). Ein Großteil davon sind Frauen und minderjährige Kinder. Männern bis 60 Jahren ist es aufgrund der Verhängung des Kriegsrechts nur in Ausnahmefällen möglich, auszureisen. Die aufenthaltsrechtliche Situation der Vertriebenen in Österreich umfasst eine Visabefreiung, die Richtlinie für temporären Schutz, die einen zeitlich beschränkten Aufenthaltsstatus bietet, und eine damit verbundene Arbeitserlaubnis. Dies gilt vorerst bis März 2024.

Das Österreichische Institut für Familienforschung hat bereits im Mai 2022, kurz nach dem Ausbruch des Krieges, eine erste Erhebung unter ukrainischen Frauen im Alter von 18 bis 55 Jahren im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds durchgeführt. Aufbauend auf dieser ersten Kurzstudie wurde im Frühjahr 2023, rund ein Jahr nach Kriegsbeginn, eine Folgerhebung durchgeführt, um die Entwicklung der Situation der Ukraine-Vertriebenen nachzeichnen zu können.

Urban und maximal ein Kind

Am häufigsten stammen die befragten Frauen aus der Zentralukraine (42 %), wobei davon ein großer Teil aus Kiew und Umgebung ist. Ein weiteres Drittel kommt aus der Ostukraine. Insgesamt stammen mehr als die Hälfte der Frauen aus urbanen Gebieten der Ukraine (55 %).

Etwa die Hälfte der Frauen ist verheiratet, etwas mehr als ein Viertel ledig und 22 % sind geschieden. 39 % haben keine in Österreich lebenden Kinder unter 18 Jahren. 36 % haben ein Kind, 20 % zwei und 6 % drei oder mehr Kinder, wobei die jüngsten Kinder bei 38 % im Alter zwischen 10 und 18 Jahren sind. Ein jüngstes Kind im vorschulischen Alter haben 20 % der Mütter.

Am häufigsten leben die befragten Frauen hierzulande mit ihren Kindern zusammen (68 %), am zweithäufigsten mit dem:der Partner:in (22 %). 13 % der vertriebenen Frauen leben allein. Knapp die Hälfte haben eine Mutter und/oder Geschwister, die sich zum Befragungszeitpunkt in der Ukraine aufhalten, bei 40 % lebt der eigene Vater und bei 27 % der:die Partner:in dort.

Hohe Bildung und wachsende Deutschkenntnisse

Das Bildungsniveau der vertriebenen Frauen ist grundsätzlich sehr hoch: 73 % der Frauen können einen Hochschulabschluss vorweisen. 2019 hatten 30 % der ukrainischen Bevölkerung ab 25 Jahren einen tertiären Abschluss, das weist auf eine hohe Selbstselektion bei der Migration nach Österreich hin (Kohlenberger u. a. 2022).

Deutlich mehr Frauen verfügen 2023 über Deutschkenntnisse als vor einem Jahr (2023: 46 %; 2022: 17 %). Diese beschränken sich aktuell zum Großteil noch auf das Verstehen. Nur rund 10 % können sich auch gut auf Deutsch ausdrücken. Je jünger die Frauen sind, desto besser sind ihre Sprachkenntnisse.

Leben in den Städten bevorzugt

Mehr als die Hälfte der vertriebenen Ukrainerinnen lebt aktuell in einer Großstadt (55 %), ein Viertel in einer Kleinstadt und 20 % in einer ländlichen Gemeinde. In Wien leben die meisten Frauen (43 %), gefolgt von Niederösterreich (18 %). Die Bereitschaft den Wohnort zu wechseln, ist umso größer, je kleiner dieser ist: Befragte in ländlichen Gemeinden wollen nur zu 20 % dortbleiben; sie möchten vor allem in Städte ziehen.

Die aktuelle Unterkunft der Befragten ist am häufigsten die eigene Mietwohnung (48 %). 2022 waren es noch Unterkünfte bei Privatpersonen (2022: 27 %; 2023: 16 %). Die Zufriedenheit mit der aktuellen Wohnsituation ist zwar nach wie vor eher mäßig, allerdings besser als 2022: 61 % sind sehr oder eher zufrieden. Die gestiegene Zufriedenheit hat vermutlich mit einem Wechsel der Unterkunft zu tun: 61 % der vertriebenen Frauen sind innerhalb Österreichs bereits ein- oder mehrmals umgezogen. Umzugsgründe sind ein Mangel an Privatsphäre (39 %), weil private Unterkunftgeber:innen den Wohnraum nicht mehr zur Verfügung stellen sowie Platzmangel (je 25 %).

Beachtliches Potenzial

für den österreichischen Arbeitsmarkt

Die Bereiche der Berufsausbildungen der vertriebenen Ukrainerinnen konzentrieren sich auf das Finanzwesen (21 %), gefolgt vom Bildungsbereich (19 %), Bürotätigkeiten (15 %) und dem Gesundheitswesen (14 %).

In Österreich hat bislang ein gutes Drittel der Frauen Erwerbserfahrung gesammelt; davon ist ein Viertel



Dörfler-Bolt, Sonja; Kaindl, Markus (2023): Ukraine-Vertriebene in Österreich ein Jahr nach Kriegsbeginn. Folgerhebung zur Situation der Ukrainerinnen im Alter von 18 bis 55 Jahren. Wien: Österreichischer Integrationsfonds.

aktuell erwerbstätig. Die häufigsten Branchen sind, wie schon 2022, klassische Einstiegsmärkte wie Reinigungs- (31 %) und Gastgewerbe (14 %). Mittlerweile sind einige Frauen auch im Bildungsbereich (9 %) und im Gesundheitswesen (7 %) tätig. Damit haben sich die Branchen etwas diversifiziert. Für fast die Hälfte der Frauen entspricht die Erwerbstätigkeit gar nicht ihrer Qualifikation.

Die Erwerbsbereitschaft der vertriebenen Ukrainerinnen ist grundsätzlich hoch: Nur 18 % sind nicht erwerbstätig und suchen derzeit auch keine Arbeit. Gründe dafür sind, zuerst Deutsch lernen zu wollen (82 %); ein Drittel möchte die eigenen Kinder zu Hause betreuen und ein Viertel zuerst die Ausbildung anerkennen lassen.

Insgesamt ist damit unter den Ukrainerinnen ein beachtliches, qualifiziertes Potenzial für einzelne Berufsgruppen vorhanden, in denen am österreichischen Arbeitsmarkt ein ausgeprägter Arbeitskräftemangel herrscht.

Lebenszufriedenheit steigt langsam an

Die allgemeine Lebenszufriedenheit der Vertriebenen ist – verglichen mit dem Durchschnitt der Frauen dieser Altersgruppe in Österreich – gering (EU-SILC 2021), allerdings 2023 bereits höher als kurz nach Kriegsbeginn. Auf einer Skala von 0 (schlimmstmögliches) bis 10 (bestmögliches Leben) schätzen rund 6 % ihr derzeitiges Leben als sehr positiv (9 oder 10) ein (2022: 5 %; in Österreich: 42 %); Bei knapp einem Drittel (31 %) ist die Lebenszufriedenheit aber auf der unteren Hälfte der Skala angesiedelt. Das sind weniger als 2022 (39 %), aber deutlich mehr als unter Österreicherinnen (2 %).

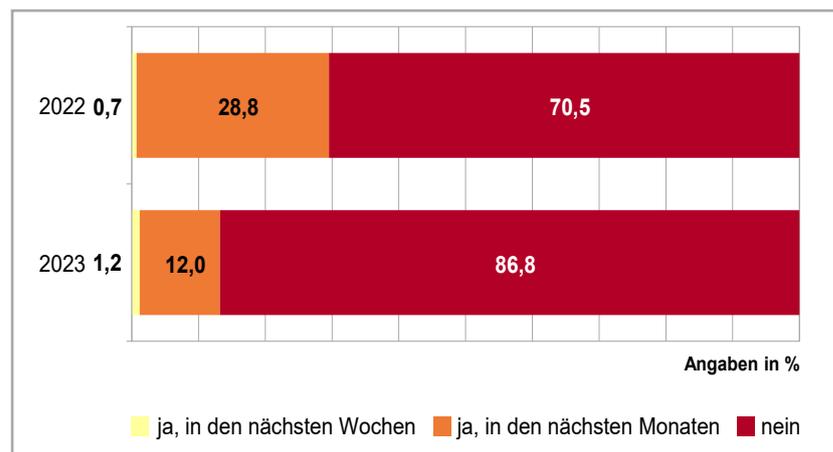
Grundsätzlich fühlen sich fast alle Befragten in Österreich sicher und willkommen. Gut umsorgt fühlen sich 86 %. Ein beachtlicher Teil fühlt sich aber auch einsam (42 %) und antriebslos (40 %), diese negativen Gefühle sind etwas geringer ausgeprägt als vor einem Jahr. Bezüglich der eigenen physischen und mentalen Gesundheit ist je etwa ein Drittel der Frauen (eher) nicht zufrieden. Auch in der Untersuchung von Rosenberger und Lazareva (2022) wird auf einen hohen Bedarf an medizinischer Versorgung bei den Vertriebenen hingewiesen.

Hoher Anteil wird in Österreich dauerhaft bleiben

Die Rückkehrbereitschaft ist unter den Ukrainerinnen in Österreich gering ausgeprägt. Diese Tendenz hat sich im vergangenen Jahr verstärkt. Konkrete Pläne zu einer Rückkehr in die Ukraine haben lediglich 13 %; das sind deutlich weniger als vor einem Jahr (30 %).

Vertriebene Frauen, die Partner:innen in der Ukraine haben, neigen deutlich häufiger zu konkreten

Abbildung: Konkrete Pläne zur Rückkehr in die Ukraine



Quelle: Online-Erhebung Österreichisches Institut für Familienforschung 2022 und 2023

Rückkehrplänen. Zudem haben die Frauen umso häufiger konkrete Rückkehrpläne, je geringer ihre Deutschkenntnisse sind.

Die wichtigsten Voraussetzungen dafür, irgendwann einmal in die Ukraine zurückzukehren, sind für die Frauen die Sicherheit in der Heimat (78 %) und der Abzug der russischen Truppen (76 %). Eine weitere wesentliche Rückkehrmotivation ist, dass sie von Angehörigen gebraucht werden (58 %).

Herausforderung städtische Infrastruktur und Arbeitsmarktintegration

Viele Bereiche wie Sprachkenntnisse, Arbeitsmarktintegration, Wohnsituation und das allgemeine Wohlbefinden haben sich für die vertriebenen Frauen seit dem Frühjahr 2022 teils deutlich verbessert. Dennoch sind mangelnde Sprachkenntnisse, improvisierte Wohnverhältnisse und praktische Probleme beim Einstieg in den Arbeitsmarkt, zum Beispiel durch Barrieren bei beruflicher Anerkennung und der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, für die Integration der Vertriebenen hinderlich. Daher sind gezielte Maßnahmen notwendig, um möglichst rasch ihre Arbeitsmarktintegration zu unterstützen und dabei das vorhandene Fachkräftepotenzial zu nutzen. Da sich seit Kriegsbeginn im Februar 2022 mittlerweile 80 % der ukrainischen Frauen und deren Kinder in österreichischen Städten niedergelassen haben, sind im urbanen Bereich mit gestiegenen Infrastrukturanforderungen im Bildungsbereich, im Bereich des Wohnens sowie der Gesundheitsversorgung zu rechnen. ■

Kontakt

sonja.doerfler-bolt@oif.ac.at

Zur Autorin

Dr. Sonja Dörfler-Bolt ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Familienforschung an der Universität Wien.

Literatur

Kohlenberger, Judith; Pędziwiatr, Konrad; Rengs, Bernhard; Riederer, Bernhard; Setz, Ingrid; Buber-Ennser, Isabella; Brzozowski, Jan; Nahorniuk, Olena (2022). What self-selection of Ukrainian refugees means for support in host countries. London School of Economics Blog. <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2022/09/07/what-the-self-selection-of-ukrainian-refugees-means-for-support-in-host-countries/> (abgerufen am 25. Mai 2023)

Rosenberger, Sieglinde; Lazareva, Anna (2022): „Ich wollte auf Urlaub und nicht als Geflüchtete nach Österreich kommen.“ Vertriebene Ukrainerinnen in Wien. Universität Wien Forschungsbericht.

UNHCR (Mai 2023). Refugees from Ukraine registered for temporary protection or similar national protection schemes in Europe. <https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine>

termin

Familie 3.0
Veranstaltungsreihe des ÖIF

Leben im virtuellen Raum

Kinder, Jugendliche und digitale Technologien

Online im virtuellen Raum: Vom Kindesalter an leben junge Menschen mit digitalen Technologien. Die europaweiten Studien DIGYMATEX & BeWEEN, ySkills und DigiGen beschäftigen sich mit dem Spannungsfeld von Kindern, Jugendlichen und digitalen Technologien aus unterschiedlichen Perspektiven. Bei dieser ÖIF-Veranstaltung bringen drei Vortragende Forschungsergebnisse aus diesen Studien: (1) zu digitaler Reife von Kindern und Jugendlichen, (2) zum Zusammenhang von digitalen Kompetenzen und Wohlbefinden bei Schüler:innen sowie (3) zur Bedeutung digitaler Technologien für Kinder und das Familienleben.

Termin: 16. November 2023, 15:00 bis 18:00 Uhr
Ort: Juridicum, Schottenbastei 10-16, 1010 Wien, Dachgeschoß, Teilnahme vor Ort oder online
Information: www.oif.ac.at/institut/veranstaltungen – Anmeldung unter: familie3.0@oif.ac.at



Eine Reise durch die Vielfalt des Kinderfilms

35. Internationales Kinderfilmfestival in Wien

Die Interessen und Emotionen junger Menschen stehen im Mittelpunkt des internationalen Kinderfilmfestivals, das zum Staunen und Entdecken abseits des Mainstreams einlädt. Von 11. bis 19. November werden in Wien 15 Kinderfilme und ein Kurzfilmprogramm aus aller Welt gezeigt. Das Festival präsentiert Werke aus Europa, Kanada, den USA, Australien und dem Iran. Die Filme sind überwiegend österreichische Erstausführungen und exklusiv im Rahmen des Kinderfilmfestivals zu sehen. Die Auswahl ist sorgfältig auf das jeweilige Alter abgestimmt und spricht Kinder im Alter von 4 bis 14 Jahren ebenso an wie erwachsene Begleiter:innen.

Termin: 11.–19. November 2023 in Wien
Information: www.kinderfilmfestival.at



Kinderbetreuung und Elementarbildung in Österreich

Ausgewählte Zahlen im Überblick

Die jährlich erscheinende „Statistik über die elementare Bildung und das Hortwesen“ der Statistik Austria bringt Daten zur Kinderbetreuung im Vorschul- und im Schulalter für ganz Österreich. Sie bietet einen umfangreichen Blick auf eine Reihe von Kennzahlen, die den Status quo in diesem Bereich für Österreich und die neun Bundesländer im Vergleich darstellen. Die wichtigsten Ergebnisse der Kindertagesheimstatistik 2022/23 zu den Themenbereichen Besuchsquoten, Öffnungszeiten, Zahl der Einrichtungen, Personal und Finanzierung wurden in dieser Broschüre des Bundeskanzleramtes übersichtlich zusammengefasst.

Publikation: Staffe-Hanacek, Martina (2023): Kinderbildung und -betreuung in Österreich. Berichtsjahr 2022/23. Wien: Bundeskanzleramt. 36 Seiten (Link zum Download)

impressum

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien
1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | www.oif.ac.at/impressum | **Kontakt:** beziehungsweise@oif.ac.at
Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Redaktion:** Dr. Isabella Hranek, Mag. Rudolf K. Schipfer, Irmgard Lercher Barton
Fotos und Abbildungen: Midjourney/Geseric (S. 1) | Wiß und Wohlgemuth/OECD (S. 3, 4) | Club Bertelsmann (S. 5) | Österreichischer Integrationsfonds (S. 6) | ÖIF (S. 7) | ÖIF, Kinderfilmfestival, Bundeskanzleramt (S. 8)

Gefördert aus Mitteln des Bundeskanzleramtes/Frauen, Familie, Integration und Medien (BKA/FFIM) über die Familie & Beruf Management GmbH (FBG) sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien.
Grundlegende Richtung des Werks nach § 25 (4) MedienG:

Diese Zeitschrift informiert über Publikationen, Projekte und Aktivitäten des ÖIF sowie über familienrelevante Themen und Studien auf nationaler und internationaler Ebene in unabhängiger, wissenschaftlicher und interdisziplinärer Form. Die Redaktion wählt die Themen aus und lädt Autor:innen ein. Die Beiträge geben die Meinungen der Autor:innen wieder, welche die alleinige Verantwortung für Inhalt und Einhaltung der wissenschaftlichen Standards tragen. Alle Angaben in den Artikeln erfolgen ohne Gewähr. Die Haftung der Mitwirkenden oder des ÖIF ist ausgeschlossen.